

mit der Zugehörigkeit der Inseln zur Ryukyu-Inselgruppe, und die VR China beruft sich auf die historische Zugehörigkeit zu China, die erst durch die gewaltsame Besetzung der Inseln nach dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894 unterbrochen worden sei. In diplomatischen Verhandlungen zwischen China und Japan wurde die Frage der Souveränität über die Inseln bisher weitgehend ausgeklammert, sodass bis heute eine klare Entscheidung über die Zugehörigkeit aussteht.

Nach 1970 und 1978 war es mit „patriotischen“ und anti-japanischen Protesten von Chinesen aus Hongkong und Taiwan 1996 zu einem dritten und vorerst letzten Höhepunkt der Auseinandersetzungen gekommen. Die chinesische Regierung in Beijing hatte damals vermutlich aus Angst vor Ausschreitungen versucht, die Emotionen im Land unter Kontrolle zu halten und sich eher zurückhaltend gegeben. (Vgl. C.a., 1996/09, Ü 1)

Obwohl in diesem Monat zum ersten Mal Chinesen aus Hongkong und vom Festland gemeinsam eine Aktion unternahmen, verlief der Protest doch sehr viel unspektakulärer als noch fünf Jahre zuvor. Er wurde lediglich von zehn weiteren Aktivisten unterstützt, die außerhalb des japanischen Konsulats in Hongkong protestierten. Die Regierungen in Beijing und Tokyo beließen es dabei, ein weiteres Mal auf ihre unzweifelhaften Souveränitätsansprüche zu verweisen. (Kyodo News Service, 23.5.03, nach BBC PF, 24.6.03; SCMP, 24.6.03) -emc-

## 7 SARS: Reisewarnungen aufgehoben

Nachdem seit dem 7. Juni keine neuen SARS-Fälle mehr aus China bekannt geworden waren, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Reisewarnungen für China zum Ende dieses Monats aufgehoben.

Noch bevor die WHO am 13. Juni die Warnungen für zunächst vier Gebiete aufhob und die fünf weiteren von der Liste der Gebiete mit jüngster lokaler Übertragung strich, öffnete Russland am 9. Juni wieder alle bis auf drei Grenzübergänge zwischen seinen Seegebieten und der VR China für den visumsfreien Tourismus. Auch die russische Fluglinie Vladivostok Avia hob zu

diesem frühen Zeitpunkt bereits erste Einschränkungen auf und flog wieder den Flughafen Harbin an. Japan folgte mit einer Aufhebung der Reisewarnungen am 14. Juni entsprechend der WHO-Vorschläge.

Am 20. Juni hoben weitere neun Länder, unter ihnen die Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland ihre einschränkenden Maßnahmen gegen Besucher aus China auf. (RTR Russia TV, 9.6.03, nach BBC EF, 10.6.03; Kyodo News Service, 14.6.03, nach BBC PF, 15.6.03; XNA, 20.6.03) -emc-

## 8 VBA entlässt 42.000 Offiziere

Im Zuge ihres Modernisierungsprogramms plant die Volksbefreiungsarmee in diesem Jahr 42.000 Offiziere zu entlassen und an zivile Arbeitsplätze zu versetzen. Die 2,5 Millionen Mitglieder starke Armee wird bereits seit fünf Jahren erheblich reduziert. Insgesamt sollen Hunderttausende entlassen werden.

Das chinesische Militär ist noch stark auf Bodentreitkräfte konzentriert. Die meisten Flugzeuge, Panzer und Schiffe sind veraltet und die Soldaten schlecht ausgebildet. In den letzten Jahren hat Beijing bereits Milliarden von US-Dollar in die Modernisierung ihres Arsenal gesteckt. Der Militäretat ist dieses Jahr offiziell um fast 10% auf 183 Mrd. Yuan angestiegen. Die eigentlichen Zahlen werden bis zu fünf Mal so hoch eingeschätzt. Nicht nur die Armee, auch die Marine und die Luftstreitkräfte sollen in diesem Jahr personelle Kürzungen erfahren.

In einer nationalen Konferenzschaltung, an der hohe Militäroffiziere und Beamte der Zentralregierung teilnahmen, besprach Staatspräsident Hu Jintao in diesem Monat die Vermittlung der ausscheidenden Offiziere. Von einer Teilnahme des ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin, der weiterhin den Vorsitz der Zentralen Militärkommission innehat, wurde nicht berichtet.

Nach Bestimmungen des Hauptquartiers der VBA können Offiziere mit mindestens 20 Dienstjahren mittlerweile selbst entscheiden, ob sie einen Arbeitsplatz in einer Regierungsbehörde oder einem Staatsbetrieb zu-

gewiesen bekommen oder sich selbst eine Arbeit suchen wollen. Die Konferenz soll ergeben haben, dass sich 13.000, also rund 30% der in diesem Jahr ausscheidenden Offiziere für eine eigene Arbeitssuche entschieden. 90% von ihnen sollen in der Privatwirtschaft untergekommen sein. Die neue Politik fördert die Unternehmensgründung ehemaliger Offiziere durch Steuererleichterungen und andere Sonderbedingungen. (XNA, 19.6., 28.6.03; WSJ, 20.6.03) -emc-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 9 Staatsrat beschränkt Vollmachten der Polizei im Umgang mit Obdachlosen

Mitte Juni hat die chinesische Regierung neue Bestimmungen für den Umgang mit Obdachlosen und Bettlern in den Städten erlassen. Damit verlieren die bisherigen Regelungen, die der Polizei umfangreiche Vollmachten zur Inhaftierung und Repatriierung von Personen ohne städtische Aufenthaltsgenehmigung erlauben, ab dem 1. August dieses Jahres ihre Gültigkeit.

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua ist der Staatsrat am 18. Juni auf einer Sitzung unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao übereingekommen, dass sich die sozioökonomische Entwicklung des Landes und die Situation der Bevölkerungsmobilität in den letzten 20 Jahren stark verändert haben. Die Bestimmungen zur „Festnahme und Repatriierung (*shourong qiansong*) städtischer Obdachloser und Bettler“ aus dem Jahre 1982 entsprechen laut Beschluss des Staatsrats diesen neuen Verhältnissen nicht mehr.

Die alten Vorschriften deckten die teils drakonischen Maßnahmen der Polizei gegenüber Obdachlosen, Bettlern und Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung, wovon vor allem Wanderarbeiter betroffen waren. Insbesondere bei Großveranstaltungen wie internationalen und politischen Konferenzen oder Sportereignissen konnte sich die Polizei auf diese Regelungen berufen, um die städtischen Straßen von Ob-

dachlosen zu „säubern“ und in Internierungslagern festzusetzen.

Während internationale Menschenrechtsorganisationen schon seit Jahren ihre Abschaffung gefordert hatten, waren die Bestimmungen seit März auch verstärkt in die Kritik der chinesischen Öffentlichkeit geraten. Ausgelöst hatte die Diskussion der Tod von Sun Zhigang, einem Universitätsabsolventen aus Wuhan. Dieser war von der Polizei in Guangzhou verhaftet worden, weil er bei einer Kontrolle seine Aufenthaltsgenehmigung nicht bei sich trug. Drei Tage nach seiner Überführung in ein Internierungslager starb der 27-jährige Grafikdesigner an den Folgen von Gewaltanwendung.

Trotz angeblicher Vertuschungsversuche der zuständigen Behörden, berichteten einige lokale Zeitungen über den Fall. Im Verlauf der Berichterstattung kam es zu weiteren Enthüllungen über den Missbrauch der Internierungs- und Repatriierungsregelungen. So wurde über willkürliche Festnahmen von Wanderarbeitern berichtet, die in Internierungslager überführt wurden und dort Zwangsarbeit leisten mussten. Von vielen Migranten – auch mit gültiger Aufenthaltserlaubnis – seien von der Polizei zudem Eigentum und Papiere konfisziert worden. Bekannt wurden auch Fälle von Gewaltanwendung gegenüber den internierten Personen.

Der Unmut über diese Praktiken wurde nicht nur – wie sonst oft üblich – in Internetforen, sondern auch in einigen staatlichen Medien geäußert. Der Tod Sun hatte der geschockten chinesischen Öffentlichkeit zudem gezeigt, dass nicht nur besitzlose Bauern, sondern auch Mitglieder der urbanen Elite von willkürlichen Internierungen durch die Polizei betroffen sein können. Chinesische Akademiker in Beijing griffen den Fall auf und setzten eine Kampagne zur Abschaffung der in die Kritik geratenen Regelungen in Bewegung. In einer Petition an den Nationalen Volkskongress im Mai forderten drei Juraprofessoren die Aufhebung der Bestimmungen, da diese im Widerspruch zur Verfassung und den Gesetzen des Landes stünden.

Dass die parteistaatliche Führung in Beijing auf die öffentlichen Appelle nicht nur mit der harten strafrechtlichen Verfolgung der für den Tod

Sun Zhigangs Verantwortlichen reagiert hat, im Zuge derer Anfang Juni die Todesstrafe und lange Haftstrafen verhängt sowie Entlassungen angeordnet wurden, sondern tatsächlich die in die Kritik geratenen Bestimmungen reformiert, ist durchaus bemerkenswert. Chinesische und internationale Beobachter sehen darin ein seltenes Beispiel dafür, dass die Stimme des Volkes die Maßnahmen der Führungselite beeinflusst habe und die Medien ihrer eigentlichen Funktion als „watchdog“ einen kleinen Schritt näher gekommen seien. Gegen letztere Einschätzung spricht allerdings die Verschärfung der Medienkontrolle in jüngster Zeit (vgl. nachfolgende Übersicht).

Die Reformierung der Internierungs- und Repatriierungsregelungen hat unter Kommentatoren zudem die Hoffnung genährt, dass sich die neue Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao verstärkt für die Wohlfahrt benachteiligter Gesellschaftsgruppen einsetzen könnte. Die am 22. Juni von Xinhua veröffentlichten neuen Bestimmungen seien in jedem Falle als Fortschritt zu bewerten. In den 18 Artikel umfassenden „Maßnahmen zur Hilfe und Beaufsichtigung (*qizhu guanli*) von Obdachlosen und Bettlern in den Städten“ werden Behörden ab der Kreisebene dazu aufgefordert, „Hilfsstationen“ (*qizhu zhan*) zu etablieren. Während die Internierungslager bislang auch der Polizei unterstehen, sollen diese Einrichtungen ausschließlich der Zivilverwaltung unterstellt sein. Das Personal der „Hilfsstationen“ darf die „Hilfe Erhaltenden“ (*shouzhu ren-yuan*) nicht gegen ihren Willen festhalten und soll sie „anweisen“ (*quandao*), in ihre Heimat oder zu ihren Arbeitseinheiten zurückzukehren. Jegliche Gewaltanwendung, Konfiszierung von Eigentum oder Zwangsarbeit sowie jeglicher Missbrauch unterstehen strafrechtlicher Ahndung. Nach offiziellen Angaben orientieren sich die neuen Maßnahmen an einem Modell aus der Hafenstadt Tianjin, dass dort bereits im Jahre 2000 erfolgreich eingeführt worden ist.

Zurzeit sollen sich aufgrund der alten Bestimmungen noch etwa eine Million Menschen, größtenteils Wanderarbeiter, in Internierungslagern befinden. Staatliche Medien berichteten, dass sich 15% der Internierten freiwillig in

den landesweit etwa 700 Lagern aufhielten, da sie tatsächlich ohne Obdach seien. 85% würden jedoch gegen ihren Willen festgehalten. Ob diese Menschen im Zuge der neuen Regelungen freigelassen werden und inwieweit es gelingen wird, die neuen Vorschriften in die Praxis umzusetzen, bleibt abzuwarten. (IHT, 2.6.03; Xinhua, 18., 22.6.03, nach BBC PF, 19., 21., 23., 24.6.03; SCMP, 19.6.03; *Washington Post*, 19.6.03; WSJ, 20.6.03; FT, 20.6.03; RMRB, 23.6.03; XNA, 27.6.03) -bk-

## 10 Verschärfung der Pressezensur

Die chinesische Regierung hat im Juni die Kontrolle über den Mediensektor wieder verstärkt. Unter anderem wurde eine Zeitung geschlossen und mehrere Redakteure entlassen. Unterdesen sollen die Journalisten des Landes aufgefordert worden sein, nicht über „sensible“ Themen zu berichten.

Geschlossen wurde die *Beijing New Times* (*Beijing Xinbao*), eine relativ kleine Zeitung, die zu Worker's Daily, einer der größten Verlagsgruppen des Landes, gehört. Die Zeitung hatte Anfang Juni einen Artikel veröffentlicht, in dem der Nationale Volkskongress (NVK) als ein Parlament von „Jasagern“ kritisiert und als eines der „sieben geschmacklosesten Dinge“ des Landes bezeichnet wurde. Bereits vor der Schließung sei die Zeitung von den chinesischen Behörden wegen ihrer sehr ausführlichen Berichterstattung über die Entlassungen des Gesundheitsministers und des Beijinger Bürgermeisters getadelt worden (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10). Wie schon im Fall der im März wegen der Veröffentlichung eines politisch brisanten Interviews mit dem liberal gesinnten Denker Li Rui geschlossenen Wochenzeitschrift *21st Century World Herald* gehen Kommentatoren von einem temporären Publikationsverbot der Zeitung aus (vgl. C.a., 2003/3, Ü 11). Das Verbot gegen den *21st Century World Herald* wurde allerdings bisher noch nicht wieder aufgehoben.

Auch die Wochenzeitung *Southern Weekend* (*Nanfang Zhoumo*) soll bereits im Vormonat erneut von einer Schließung bedroht gewesen sein. Die für ihre sorgfältig recherchierten Bei-

träge über wirtschaftliche und soziale Missstände bekannte Zeitung ist ein Ableger der *Southern Daily (Nanfang Ribao)*, dem Sprachrohr des Parteikomitees in der Provinz Guangdong. Mit einer Auflage von 1,3 Mio. ist sie die größte und eine der beliebtesten Wochenzeitungen des Landes. In der Vergangenheit war sie wiederholt durch ihre kritische Berichterstattung mit der Propagandaabteilung in Guangdong in Konflikt geraten und mit internen Disziplinierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen sowie vorübergehenden Publikationsverboten belegt worden (vgl. C.a., 2001/6, Ü 17). Dieses Mal sahen die Behörden jedoch von einer Schließung ab – sicherlich nicht zuletzt aufgrund der dadurch erheblich sinkenden Einnahmen für die Behörden selbst. Stattdessen wurde ein ehemaliger hoher Funktionär der Propagandaabteilung der Provinz, Zhang Dongming, als neuer Herausgeber eingesetzt. Zhang war zuvor für die Durchführung restriktiver Maßnahmen im Mediensektor verantwortlich.

Maßnahmen zur Disziplinierung und Umstrukturierung sollen im Juni unter anderem auch beim Nachrichtenmagazin *Sanlian Life Weekly* und der Zeitung *Beijing Youth Daily (Qingnian Bao)* vorgenommen worden sein. Letztere musste einige Redakteure entlassen, da diese zu häufig über von der Regierung als „negativ“ eingestufte Themen berichtet hätten.

Internationale Aufmerksamkeit erregte zudem der Fall des *Business and Finance Magazine (Caijing)*. Angeblich soll die Propagandaabteilung in Beijing angeordnet haben, dass die Ausgabe vom 20. Juni nicht die Druckerei verlassen durfte. Während die besagte Ausgabe tatsächlich nicht an den Zeitungsständen des Landes erhältlich war, sollen Abonnenten das Magazin wie gehabt per Post zugestellt bekommen haben. Internationale Kommentatoren vermuten als Grund für diese partielle Auslieferungssperre eine brisante Reportage über den Korruptionsskandal um den Shanghaier Immobilienunternehmer Zhou Zhengyi (Chau Ching-ngai), die in der Ausgabe des 20. Juni erschienen ist. Gegen den inzwischen festgenommenen Zhou, einem der reichsten Männer des Landes, wird seit Mai sowohl in China als auch in der SVR Hongkong we-

gen Bankbetrugs enormen Ausmaßes ermittelt. Für die chinesische Regierung ist besonders heikel, dass der 42-jährige Shanghaier Tycoon angeblich enge Beziehungen zu hohen Führungspolitikern der Hafenstadt gepflegt haben soll. Es wird daher spekuliert, dass einige Mitglieder der höchsten Führungsriege, die der so genannten Shanghai-Fraktion um Jiang Zemin zugerechnet werden, in den Fall verwickelt sein könnten.

Bis in die erste Junihälfte hinein wurde der Skandal auch in den chinesischen Medien breit abgedeckt. Nach Berichten der *South China Morning Post* habe der Leiter der Propagandaabteilung, Liu Yunshan, Mitte Juni angeordnet, die Berichterstattung über die Affäre zu stoppen. Das Magazin *Caijing* scheint sich jedoch nicht an diese Order von höchster Stelle gehalten zu haben. Die Herausgeberin, Hu Shuli, eine in den USA ausgebildete Journalistin, hat sich nicht eindeutig zu dem Vorfall geäußert. Sie versicherte jedoch, dass die Zeitschrift wie zuvor publizieren werde. Seit seiner Gründung im Jahre 1998 ist das Finanz- und Wirtschaftsmagazin *Caijing*, das als Vorreiter des investigativen Finanzjournalismus in China gilt, immer wieder durch seine kritischen Reportagen über Missstände im Finanzsektor an die Grenzen dessen gelangt, was von der Regierung geduldet wird. Bisher wurden aber keine größeren Restriktionsmaßnahmen eingeleitet (vgl. C.a., 2002/6, Ü 14).

Gut informierte Hongkonger Medien berichteten im Juni des Weiteren darüber, dass die Propagandaabteilung nach einer Unterbrechung von einigen Monaten nunmehr wieder Listen mit Themen veröffentliche, über die in den Medien nicht berichtet werden dürfe. Zu diesen Themen gehörten neben dem Korruptionsskandal um den Shanghaier Geschäftsmann Zhou Zhengyi unter anderem der anfängliche Umgang der Provinzregierung Guangdong mit der Lungenkrankheit SARS und Reportagen über den Militärarzt Jiang Yanyong, dem eine entscheidende Rolle bei der Enthüllung der SARS-Vertuschung durch die Regierung zugeschrieben wird (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10). Auch der Fall des in einem Internierungslager in Guangzhou zu Tode geprügelten Sun Zhigangs (vgl. vorangegangene Übersicht) dürfe

nicht mehr Gegenstand der Berichterstattung der chinesischen Medien sein.

Die augenscheinliche Verschärfung der parteistaatlichen Medienkontrolle kommt zu einem Zeitpunkt, an dem nicht wenige chinesische und internationale Beobachter bereits eine ansatzweise Liberalisierung des Mediensektors gewittert hatten. Grund für diesen Optimismus lieferte die teilweise recht offene Berichterstattung über den Kampf gegen die Lungenkrankheit SARS ab der zweiten Aprilhälfte, die von der neuen Führungsspitze um Hu Jintao und Wen Jiabao im Zuge von Bekundungen zu mehr Offenheit und Transparenz unterstützt worden war (vgl. C.a., 2003/5, Ü 13). Darüber hinaus gab die Rolle der Medien im Zusammenhang mit der Reformierung der Internierungs- und Repatriierungsregelungen für Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung Anlass für Hoffnungen auf eine anfängliche öffentliche Überwachung der Politik (vgl. vorangegangene Übersicht). Die neuerlichen Restriktionen lassen jedoch darauf schließen, dass die parteistaatliche Führung keinesfalls gewillt ist, ihre Kontrolle über die Medien wirklich zu lockern.

Einige Kommentatoren bezweifeln allerdings, dass die Verschärfung der Pressezensur den von der Propagandaabteilung gewünschten Erfolg haben werde. Wie das Beispiel der Zeitschrift *Caijing* veranschauliche, würden es chinesische Journalisten und Herausgeber von Printmedien zunehmend darauf ankommen lassen, die Grenzen der Regierungsvorschriften auszuloten. Die sich seit dem Rückzug des Staates aus der Vollsubvention des Mediensektors 1992 immer mehr entfaltenden Gesetze des freien Marktes, die die stärkere Ausrichtung des Medienangebots an den Interessen des Publikums bedingen, unterstützten diesen Prozess.

Tatsächlich zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass es für den staatlichen Propagandaapparat insbesondere auf lokaler Ebene und durch die Verbreitung neuer Technologien (Internet, Satellitenfernsehen) immer schwerer wird, die volle Kontrolle über den gesamten Mediensektor auszuüben. In diesem Zusammenhang wird es interessant sein, welche Form die neuesten Regierungspläne

zur Reform des Mediensektors annehmen, im Zuge derer auch eine begrenzte Öffnung der Branche für ausländische Investoren erfolgen soll. (*Hong Kong Economic Journal*, 6., 13.6.03, nach BBC PF, 13., 15.6.03; SCMP, 16., 24.6.03; IHT, 20.6.03; *Washington Post*, 20.6.03; WSJ, 20., 24.6.03; FEER, 10.7.03; Arnold Zeitlin, „SARS and the Chinese Media: A Brief Opening“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 13, 1.7.03) -bk-

### 11 Regierung setzt Führungsgruppe zur Vorbereitung von Verfassungsänderungen ein

Zur Reformierung der Verfassung hat die chinesische Regierung in Beijing eine Führungsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NVK), Wu Bangguo, eingesetzt. Wie gut informierte Hongkonger Quellen im Juni berichteten, sei das neue Organ auf die Initiative von Staats- und Parteichef Hu Jintao hin bereits im April gegründet worden.

Die Führungsgruppe besteht aus insgesamt sechs Mitgliedern. Neben fünf hochrangigen Parteikadern gehört ihr auch Chen Kuyuan, der Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, an. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, einen Entwurf für Verfassungsänderungen anzufertigen. Diese Vorlage muss zunächst vom ZK-Politbüro und anschließend von den Parteikomitees auf Provinzebene sowie den Organen der Volksbefreiungsarmee gebilligt werden, bevor er dem NVK zur abschließenden Abstimmung vorgelegt wird. Das Votum durch den NVK könnte nach Beurteilung von chinesischen Rechtsexperten schon im März nächsten Jahres abgegeben werden.

Weitere Einzelheiten über die bisherige Arbeit des neuen Organs wurden offiziell nicht bekannt gegeben. Die Einschätzungen chinesischer und internationaler Kommentatoren zu den Inhalten der angestrebten Verfassungsänderung variieren: Während einige Beobachter eher von kosmetischen Modifikationen ausgehen, erwarten andere eine komplette Neufassung der nunmehr 21 Jahre alten Verfassung des Landes. Die weitere recht-

liche Aufwertung von Privateigentum wird dagegen als sehr wahrscheinlich eingestuft. So soll festgeschrieben werden, dass Eigentum von Privatunternehmen gleichen verfassungsrechtlichen Schutz genießt wie das Eigentum von Staatsunternehmen. Damit könnten Privatunternehmer von häufigen Problemen wie etwa Diskriminierung von Seiten der Behörden oder Schwierigkeiten bei der Absicherung von Bankkrediten befreit werden. Schon bei der letzten Verfassungsänderung im März 1999 war eine deutliche Aufwertung des Privatunternehmertums wichtiger Gegenstand der Revisionen. Des Weiteren erwarten einige Berichterstatter die Aufnahme von Normen zum Schutz der Menschenrechte, wie beispielsweise des Streikrechts für Arbeiter, eine Verankerung von Konkurrenzahlen für einige Regierungspositionen auf lokaler Ebene sowie eine Stärkung der Rolle des NVK.

Selbst wenn einige der ambitionierten Änderungsvorschläge den innerparteilichen Aushandlungsprozess überstehen sollten, wird die Implementierung der neuen Normen ein weiteres großes Hindernis darstellen. Denn schon jetzt garantiert die chinesische Verfassung viele Bürgerrechte, wie beispielsweise die Freiheit der Rede, der Versammlung, der Durchführung von Demonstrationen (Art. 34) oder auch die Glaubensfreiheit (Art. 36). Diese Rechte werden jedoch häufig durch Regelungen unterminiert, die den Sicherheitskräften weit reichende Machtbefugnisse einräumen. Nicht selten werden die Grundsätze der Verfassung zudem einfach von Parteikadern ignoriert.

Gerade vor diesem Hintergrund nährt die wiederholte Betonung des Generalsekretärs Hu Jintao von der Wichtigkeit der Verfassung und einer gewissenhaften Umsetzung rechtsstaatlicher Normen Hoffnungen auf eine Veränderung dieser Praktiken unter der neuen chinesischen Führung. Schon bei seinem ersten öffentlichen Auftritt zum 20. Jahrestag der Verfassung im Dezember letzten Jahres hatte der frischgebackene Generalsekretär in einer aus diesem Anlass gehaltenen Rede rechtsstaatliche und politische Reformen angekündigt (vgl. C.a., 2002/12, Ü 11 sowie S.1402-1412, hier S.1412). Die Einsetzung der Führungsgruppe zur Vorbereitung

der Verfassungsreform unterstützt den vorsichtigen Optimismus vieler Beobachter.

Nach Meinung anderer Berichterstatter habe die legalistische Offensive des Staats- und Parteichefs darüber hinaus das Ziel, der Partei neue Legitimität zu verleihen und seine eigene Führungsposition innerhalb der Partei zu stärken. Die Betonung rechtlicher Normen sei unter anderem auch eine Taktik von Hu Jintao im innerparteilichen Machtkampf gegen die noch stark vertretene Fraktion des alten Generalsekretärs. Die von Hu unterstützten rechtsstaatlichen Reformen könnten als Kritik an Jiang Zemin und dessen Gefolgsleuten gewertet werden. Hu unterstelle ihnen damit indirekt, zur Sicherung ihrer Macht geltende Gesetze außer Acht gelassen zu haben; gleichzeitig sei es Hu dadurch gelungen, sich selbst geschickt zu positionieren.

Die Etablierung der neuen Führungsgruppe zur Vorbereitung einer konstitutionellen Reform wird von den meisten Beobachtern als weiteres Zeichen dafür angesehen, dass sich Hu langsam aber sicher aus dem Schatten seines Vorgängers zu lösen scheint. Neueste Berichte bezüglich einer Übernahme des Vorsitzes der wichtigen Führungsgruppen für auswärtige und Taiwan-Angelegenheiten sowie für Finanzen und Wirtschaft durch den neuen Generalsekretär unterstützen diesen Eindruck.

Dass der Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin immer noch über erheblichen Einfluss in der parteistaatlichen Führung verfügt, ist jedoch unbestritten. Ein Indiz dafür bietet die vor allem in der zweiten Junihälfte erneut stark intensivierete Kampagne zum Studium der Jiang zugeschriebenen Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ (die KPCh präsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“). Von diesem Ideengebäude des ehemaligen Staats- und Parteichefs könnte auch die Schwungkraft der Verfassungsänderungen abhängen. Unterstützer Jiang Zemins sollen darauf pochen, dass die politische Theorie der „Dreifachen Re-

präsentation“ nach ihrer Aufnahme ins Parteistatut auf dem XVI. Parteitag im Spätherbst letzten Jahres nun auch in der Verfassung verankert wird. Dieser Vorschlag soll bereits zu heftigen parteiinternen Kontroversen geführt haben. (*Wen Wei Po* online (Hongkong), 8.6.03, nach FBIS, 10.6.03; FT, 12., 18.6.03; WSJ, 13.6.03; SCMP, 16., 20.6.03; XNA, 22., 25., 26.6.03; RMRB, 23.6.03; Willy Lam, „Hu and Jiang Struggle for Primacy“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 13, 1.7.03) -bk-

## 12 Auflösung zahlreicher gesellschaftlicher Vereinigungen

Das Ministerium für Zivile Angelegenheiten hat Anfang Juni zahlreichen gesellschaftlichen Vereinigungen (*shehui tuanti*) die Zulassung entzogen. Nach offiziellen Angaben handelte es sich größtenteils um Freizeit- oder Literaturvereine.

Wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, mussten insgesamt 67 Organisationen verboten werden, da sie versäumt hätten, rechtzeitig eine Erneuerung ihrer Registrierung zu beantragen. Darüber hinaus hätten einige den dazu erforderlichen Antrag unvollständig ausgefüllt. Den betroffenen Vereinen seien nunmehr jegliche Aktivitäten untersagt worden.

Die Gründung von gesellschaftlichen Vereinigungen wird in China durch etliche staatliche Restriktionen erschwert. Zudem unterstehen sie strengen Kontrollmechanismen. So schreibt Artikel 39 der Bestimmung für nicht-staatliche Vereinigungen aus dem Jahre 1998 eine jährliche Neuregistrierung (*chongxin dengji*) vor. Damit soll Vereinigungen, die sich „illegal“ betätigen, die rechtliche Grundlage entzogen werden. Die parteistaatliche Führung möchte damit nicht nur Wirtschaftsdelikte, sondern vor allem die Gründung politisch und religiös unabhängiger Vereine verhindern, die sich ihrer Kontrolle entziehen – wie im Falle der 1999 verbotenen religiösen Bewegung Falun Gong (vgl. C.a., 1998/10, Ü 6 sowie die nachfolgende Übersicht in diesem Heft).

Nach Berichten der Associated Press seien von den jüngsten Auflösungen sogar weit mehr als 100 Vereinigungen betroffen. Das strikte Vorgehen

der Behörden demonstrierte nach Meinung von internationalen Kommentatoren das weiterhin starre Festhalten der parteistaatlichen Führung an der strengen Regelung und Kontrolle gesellschaftlicher Aktivitäten. (XNA, 10.6.03; Associated Press, 11.6.03) -bk-

## 13 Inhaftierung von Falun-Gong-Anhängern wegen „Behinderung“ im Kampf gegen SARS

In der ersten Junihälfte berichteten die staatlichen Medien wiederholt über Inhaftierungen von Falun-Gong-Anhängern, die versucht haben sollen, Maßnahmen zur Eindämmung der Lungenkrankheit SARS zu „sabotieren“. Mindestens 180 Anhänger seien daraufhin in der Provinz Hebei festgenommen worden.

Nach offiziellen Angaben hätten Mitglieder der verbotenen religiösen Bewegung seit Mitte April in mehreren Städten der nordostchinesischen Provinz Informationsmaterialien der Gruppe verteilt und irreführende „Gerüchte“ über SARS verbreitet, um „die soziale Stabilität zu untergraben“. Unter anderem hätten die Falun-Gong-Anhänger für sich in Anspruch genommen, dass sie durch die von ihnen praktizierten Übungen immun gegen SARS seien, um auf diese Weise neue Mitglieder zu gewinnen. Die amtlichen Medien warfen ihnen vor, die Krankheit mutwillig verbreiten und in der Bevölkerung gezielt Panik schüren zu wollen.

Die jüngsten Berichte über Verhaftungen von Falun-Gong-Mitgliedern suggerieren, dass auch die neue Führungsspitze des Landes die nunmehr vierjährige rigorose Kampagne gegen die Meditationsbewegung – im Zuge derer Tausende Anhänger inhaftiert wurden – unbeirrt fortführt und dabei auch den Kampf gegen SARS zu instrumentalisieren scheint. Die große Anzahl von Festnahmen in der Provinz Hebei zeigt aber auch aufs Neue, dass es nichtsdestotrotz bisher nicht gelungen ist, die Bewegung zu zerschlagen. Eine erhebliche Anzahl von Falun-Gong-Anhängern ist anscheinend weiterhin im Untergrund aktiv.

Nach Xinhua-Meldungen war es während des zum Teil mit drakonischen

Maßnahmen geführten Kampfes gegen SARS insbesondere im April und Mai landesweit immer wieder zu Verhaftungen und Bestrafungen von Personen gekommen, die „Gerüchte“ über die Krankheit verbreitet und die Eindämmungsmaßnahmen behindert hätten (vgl. C.a., 2003/5, Ü 13). So wurde Anfang Juni ein 25-jähriger Arbeitsloser von einem Gericht in Beijing zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt, weil er Ende April im Internet „mutwillig Falschinformationen“ über die Situation in Shanghai verbreitet haben soll.

Inzwischen konnte die Lungenkrankheit SARS in China fast gänzlich eingedämmt werden. Nachdem bereits im Mai die Reisewarnungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Guangdong und die SVR Hongkong aufgehoben worden waren, folgte am 25. Juni die offizielle Entwarnung der WHO für die von der Epidemie sehr stark betroffenen Hauptstadt des Landes. Insgesamt waren in China 5.327 SARS-Infizierte und 347 Tote gezählt worden (Xinhua, 5., 9.6.03, nach BBC PF, 7., 11.6.03; RMRB, 6.6.03; XNA, 6., 11.6.03; WSJ, 6.6.03) -bk-

## 14 Zweite Reise einer exiltibetischen Delegation nach China

Zum zweiten Mal innerhalb von 9 Monaten ist eine Delegation der tibetischen Exilregierung Ende Mai für zwei Wochen in die Volksrepublik gereist. Wie beim ersten Besuch im September 2002 wurden Lodi Gyari, Sondergesandter des Dalai Lama in den USA, und Kelsang Gyaltzen, Sondergesandter in Europa, und ihre Begleiter durch die Einheitsfrontabteilung der KPCh eingeladen (vgl. C.a., 2002/9, Ü 11; C.a., 2002/11, Ü 12).

In der chinesischen Hauptstadt trafen die Repräsentanten des Dalai Lama mit dem neuen Leiter der Einheitsfrontabteilung, Liu Yandong, und seinem Stellvertreter, Zhu Weiqun, zusammen. Ein Besuch der Autonomen Region Tibet stand dieses Mal nicht auf dem Programm. Stattdessen besuchte die Delegation neben den Provinzen Jiangsu und Zhejiang die Stadt Zhongdian (Shangrila, tibet. Gyalthang) im Tibetischen Autonomen Bezirk Diqing (tibet. Dechen) in

der südwestchinesischen Provinz Yunnan.

Details der Gespräche zwischen den beiden Seiten wurden auch bei dieser Reise, die die chinesische Regierung als „Privatbesuch“ bezeichnete, nicht bekannt. Nach ihrer Rückkehr ins indische Exil am 8. Juni sprachen die beiden Emissäre zwar von einem „freien und spontanen Austausch“ und „vertrauensbildenden Diskussionen“, allerdings seien sich beide Seiten darüber einig, dass es in der Vergangenheit zahlreiche Differenzen gegeben habe, von denen viele noch nicht ausgeräumt seien.

Tatsächlich müssen vor einem möglichen Beginn konstruktiver chinesisch-tibetischer Verhandlungen noch einige Hürden überwunden werden. Dazu gehört eine Übereinkunft darüber, welches Gebiet mit der Bezeichnung „Tibet“ eigentlich gemeint ist. Während die chinesische Regierung darunter lediglich die Autonome Region Tibet versteht, zählt der Dalai Lama alle tibetischen Siedlungsgebiete und damit auch große Teile von Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan dazu. Für dieses nahezu doppelt so große Gebiet fordert er zwar nicht die Unabhängigkeit, aber einen hohen Grad an Verwaltungsautonomie und wirkliche Religionsfreiheit. Für die chinesische Regierung ist diese Forderung nicht annehmbar. Zudem wirft sie dem Dalai Lama, der seit seiner Flucht 1959 im indischen Exil lebt, immer noch „separatistische Aktivitäten“ vor und pocht auf dessen Anerkennung von der Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik. Darüber hinaus hat Beijing nun die Bedingungen zur Aufnahme eines konstruktiven Dialogs mit der Taiwan-Frage verknüpft: Die tibetische Exilregierung müsse öffentlich erklären, dass nicht nur Tibet, sondern auch Taiwan ein untrennbarer Teil Chinas seien.

Seit dem ersten Chinabesuch ihrer Sondergesandten im Herbst letzten Jahres hat die tibetische Exilregierung einige versöhnliche Signale an die chinesische Regierung gesendet. So hat der Dalai Lama im letzten Jahr den in den USA lebenden Tibetern geraten, während des Besuchs des damaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin von Demonstrationen abzusehen. Um einen Affront mit der chinesischen Regierung zu vermeiden, lehnte der Dalai

Lama Ende Mai außerdem eine Einladung nach Taiwan ab. Dass es zu einem zweiten Besuch der exiltibetischen Delegation in der Volksrepublik gekommen ist, führen Beobachter jedoch vor allem auf Druck aus Washington zurück. Es sei kein Zufall, dass der Besuch der exiltibetischen Emissäre mit dem ersten Zusammentreffen des neuen chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und dem amerikanischen Präsidenten Bush in Evidenz zusammenfiel. Auch wenn die neuerlichen Gespräche aufgrund der vielschichtigen Diskrepanzen zwischen der chinesischen und exiltibetischen Regierung grundsätzlich als Fortschritt gewertet werden sollten, liegt – wie schon nach dem ersten Austausch im letzten Jahr – die Vermutung nahe, dass Beijing vor allem an der öffentlichen Wirkung des Treffens interessiert war. Man kann annehmen, dass gerade nach dem großen Imageverlust des Landes durch die lange Vertuschung der Lungenkrankheit SARS, das Treffen zu einer positiveren internationalen Atmosphäre beitragen sollte.

Auch wenn sich der Dalai Lama und seine Sondergesandten optimistisch zum Verlauf der Gespräche äußerten, gibt es keinerlei konkrete Anzeichen dafür, dass die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs näher gerückt ist. Die jüngste Umbesetzung der höchsten Staats- und Parteiämter in der Autonomen Region Tibet untermauert diese Einschätzung. Auch die neuen tibetischen Führungskader haben in ihrer Antrittsrede Mitte Mai beteuert, den „Kampf“ gegen den Dalai Lama mit unverminderter Härte fortzusetzen. (Xinhua, 17.1.03, nach BBC PF, 19.1.03; SCMP, 7.5.03; XNA, 17.5.03; WSJ, 27.5.03; FAZ, 3., 11.6.03; www.tibetinfo.net/news-updates/2005.htm und 1206.htm, 20.5., 12.6.03) -bk-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 15 Bemühungen um Jobs für Hochschulabsolventen

Die Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen (vgl. dazu C.a., 2003/1, Ü 16) waren Gegenstand einer Anfang Juni abgehaltenen nationalen Telekonferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Huang Ju mit den Leitern der zuständigen Provinzbehörden. Dabei wies Huang Ju auf den Ernst der Lage hin und appellierte an das Verantwortungsgefühl der lokalen Bildungs- und Personalbehörden, sich um die Einstellung von Hochschulabsolventen zu bemühen und diesen passende Jobs anzubieten. In diesem Jahr beenden 2,12 Millionen Studenten ihr Hochschulstudium, das sind 46% mehr als letztes Jahr. Rund 670.000 mehr junge Menschen als 2002 drängen in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt. Erschwert wird die Jobsuche noch durch SARS. Obwohl die staatliche Arbeitsplatzzuweisung für Hochschulabsolventen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre abgeschafft wurde, wirkt der Staat weiterhin ein, zum einen um den eigenen Bedarf zu decken, zum anderen um die Entwicklung dieses Arbeitsmarktsektors zu lenken. Richtungsweisend für die diesjährige Arbeitsvermittlung von Hochschulabsolventen ist eine Reihe von Beschlüssen, die die Regierung gefasst hat, um die Arbeitssuche zu erleichtern. Die Beschlüsse wurden den Vertretern der relevanten Provinzbehörden auf der Telekonferenz erläutert. Sie umfassen folgende Leitlinien:

- Die Hochschulabsolventen sollen ermuntert werden, an die Basis und in schwierige Gebiete zu gehen, im städtischen Bereich in die Stadtbezirke und auf dem Lande in die Gemeinden und Kleinstädte, um sich dort im Bildungs- und Gesundheitswesen, in landwirtschaftlicher Technologie und Armutsbekämpfung zu betätigen;